

Posener Zeitung. Einundneunzigster Jahrgang.

Annoncen-Kanzlei-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. S. Alrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streifand, in Reseritz bei H. Matthias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Annoncen-Kanzlei-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. S. Alrici & Co., Jaanfenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidenthank“.

Nr. 74.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/3 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 30. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 29. Jan. Der König hat den in die erste Pfarrstelle zu Rummelsburg berufenen Pfarrer Gustav Kewald, bisher in Robr, zum Superintendenten der Synode Rummelsburg, Regierungsbezirk Köslin, ernannt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus. 36. Sitzung.

Berlin, 29. Jan. Am Ministertische: v. Puttkamer, v. Gopler, v. Scholz, v. Bötticher, Dr. Friedberg, Bronjart v. Schellendorff.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung des Etats und zwar des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten.

Bei Kap. 34. (Dauernde Einnahmen Tit. 1. (Evangelischer Kultus 44 427 M.) erwähnt

Abg. v. Lauenstein tritt dem Vorredner entgegen. Die Verwaltung der Klosterforsten durch die Staatsförster habe sich nicht bewährt. Die Staatsförster erhielten außerdem für die nebenbei besorgte Verwaltung der Klosterforsten keine Entschädigung und würden dadurch überlastet, während der Klosterfond eine Entschädigung zahlen müsse, die aber der Staat „ad sacrum“ nehme, ohne den Beamten etwas abzugeben. In Folge dessen würden die Klosterforsten weniger sorgsam verwaltet, als die Staatsforsten. Es solle daher die Regierung dafür Sorge tragen, daß sie die Verwaltung der Forsten selbständig in die Hand nehme. Der hannoversche Provinzial-Landtag hat sich 1882 in gleichem Sinne ausgesprochen.

Abg. Dr. Windthorst: Der preussische Landtag ist wohl gar nicht in der Lage, in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen. Der Fond, um den es sich handelt, hat einen paritätischen Charakter. Die Sperrgesetze für Denabrück sind jetzt aufgehoben; Wünsche, die neun Jahre lang geschwiegen haben, werden nun laut werden, und da möchte ich den Herrn Minister bitten, daß er fortan diesen Klosterfond auch zur Unterstützung bedürftiger katholischer Priester verwende. Der Titel wird genehmigt, ebenso die übrigen Einnahmetitel.

Zu Tit. 1 der dauernden Ausgaben, Gehalt des Ministers 36,000 Mark, haben sich 9 Redner gegen 2 für gemeldet. Abg. Freiherr v. Minnigerode: Bei diesem Titel möchte ich die Revisionsfrage zur Sprache bringen. Bestimmte Schritte sind von der Regierung in dieser Sache noch nicht geschehen, sie sind nur in Aussicht gestellt worden. Es soll uns eine Denkschrift zugehen und zu diesem Zwecke eine Enquete angeordnet werden. Ein baldiges Erscheinen der Denkschrift wäre sehr wünschenswert. Zu der Enquete müssen aber auch die Gegner herbeigezogen werden; unter den Gegnern befinden sich zahlreiche Mediziner von Ruf. Auf den preussischen Universitäten treten oft Revisionen in einem Umfange auf, der sehr die Kritik herausfordert. Ein Gutachten des Sanitätsraths Ruprecht hat sich mit Bezug hierauf gleichfalls für Beschränkung der Revision ausgesprochen. Wir sprechen nicht pro domo; was haben wir für ein persönliches Interesse an der ganzen Frage? Der Kern der Angelegenheit und unserer Agitation ist ein rein humaner.

Abg. Dr. Langerhans: Was der Vorredner erwähnt, enthält eigentlich gegen die Revision sehr geringes Material. Die Regierung hat bereits Fragebogen an alle medizinischen Fakultäten gesandt; sich an die Gegner der Revision zu wenden, ist für die Regierung eine Unmöglichkeit. Unter den ärztlichen Gegnern der Revision befindet sich kein Mediziner von irgend welcher Bedeutung. Die Zahl der Revisionen an den Universitäten ist eine nur geringe, sie sind überhaupt nur an größeren Instituten möglich. Herr v. Minnigerode spricht nicht pro domo, aber wir doch auch nicht. Die Revision geschieht in Ihrem Nutzen (Heiterkeit), sie ist nöthig für die Entwicklung der Wissenschaft, nützlich für das ganze Menschengeschlecht. So lange wir uns von Thieren nähren, so lange man im landwirthschaftlichen Interesse Revisionen vornimmt, darf man die wissenschaftliche Revision nicht bekämpfen.

Minister v. Gopler: In eine materielle Behandlung der Frage will ich bei dieser Gelegenheit nicht eingehen. Die Regierung hat Fragebogen an die medizinischen Fakultäten gesandt; die Fragebogen beziehen sich auf Feststellung des Faktischen. Es soll festgestellt werden, in welchem Umfange Thierversuche als Unterrichtsmittel, als Forschungsmittel und außerhalb der Staatsanstalten stattfinden. So bald die Resultate dieser Enquete vorliegen, werden Sie erstaunt sein, in wie geringem Umfange warmblütige und höhere Thiere zum Thierversuch gebraucht worden. Wenn diese Feststellung Ihnen vorliegt, können wir über dieses wissenschaftliche Material weiter sprechen. Was den Laienstandpunkt anbelangt, den man auch gewürdigt zu sehen wünscht, so sind wir ja in der glücklichen Lage, hier im Hause sehr viele Laien zu besitzen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Windthorst: Ueber die Revision können wir uns wohl vorläufig beruhigen. Ich glaube aber, daß, wenn die ersten Diskussionen des heutigen Tages durch die Revisionsdebatte eingeleitet worden, dies eine gewisse Bedeutung hat. (Heiterkeit.) Ich freue mich, mit einem Danke gegen die Regierung und den Minister beginnen zu können, dafür, daß die Bischöfe von Münster und Limburg zurückgeführt worden sind. Ich muß aber mein Bedauern darüber ausdrücken, daß wir zur Zeit noch nicht absehen können, was von der Regierung zu erwarten ist. Ich habe bis zum Kulturkampf in vollem Frieden gelebt, die Katholiken im übrigen Deutschland haben die kirchlichen Verhältnisse Preußens für sich herbeigeführt. Diese Zustände sind plötzlich ohne jede Veranlassung beseitigt worden. Wir hatten den früheren Zustand gesehlich für völlig fundirt — kein Wunder, daß wir sie zurückhaben wollen. Das Theilchen, das man uns gegeben, ist doch kein Ganzes. Wenn mir Jemand auf eine Schuld

eine Abzahlung macht, so quittire ich darüber, aber ich sage, hier steht noch mehr. (Heiterkeit.) Wenn wir die Zahlung unserer Forderung verlangen, brauchen wir nicht Konzessionen zu machen. Neulich haben wir die Initiative ergriffen, wie Sie es immer von uns verlangen. Sie haben sie abgelehnt. Die Regierung legt uns keinen bestimmten Plan darüber vor, was sie thun will. Ich habe die neuliche Rede des Ministers nochmals gelesen; er hat darin gesagt, die Regierung werde nach Möglichkeit weiter gehen. Ich bedaure, daß er die einzelnen Punkte für das Weitergehen nicht näher bezeichnet hat. Die Maigesetze sind in ihren Fundamenten stehen geblieben. Es ist anerkannt, daß sie in die Rechte der katholischen und evangelischen Kirche eingreifen. Die Bestimmungen über die Erziehung des Klerus sind bis auf ein Minimum unverändert geblieben. Die katholischen theologischen Fakultäten sind noch nicht völlig besetzt, namentlich der Minister für das, was er schon gethan, Dank verdient, aber in der philosophischen Fakultät sind noch sehr viele Mängel. Das philosophische Fach muß so besetzt sein, daß es nicht dem theologischen widerspricht. Auf den Universitäten sind die theologischen Fakultäten ungenügend; wenn die Priesterseminare nicht bald wieder eröffnet werden, kann leicht ein Priestermangel entstehen. Diese Seminare sind doch eine ganz begründete Institution. Wenn Sie Ihre Offiziere in besonderen Kadettenhäusern, in militärischen Anstalten erziehen, warum wollen Sie denn nicht auch uns zugestehen, daß die allgemeinen Anstalten nicht für Alles genügen. Man ruft mir entgegen: Ecclesia militans. Jede Kirche ist eine kämpfende Macht gegen den Unglauben und die schlechten Sitten. Ich verstehe nicht, wie die Herren von der Rechten, die doch sämmtlich Referendare sind (Heiterkeit), da im Unklaren sein können. Die Maigesetze enthalten Bestimmungen, welche die Jurisdiction der katholischen Kirche beeinträchtigen. Diesen können wir nicht zustimmen, denn der Papst ist eine Institution des Stifers der Kirche. Sie verstehen das nicht, rufen Sie — gut, so lassen Sie es sich gesagt sein. (Heiterkeit.) Die von der Regierung zurückgeführten Bischöfe stehen unter dem Gebot der Maigesetze, sie müssen täglich dabei sitzen. Dann steht ihnen eine neue Anklage sowie neue Absetzung bevor. Denn der kirchliche Gerichtshof besteht noch und schwebt wie ein Damoklesschwert über den Bischöfen, welche stets von dem Staate abhängig bleiben. Das ist mit der Wunde des Staates und der der Bischöfe nicht vereinbar. Wir können mit diesen Zuständen uns nicht beruhigen. (Sehr richtig im Centrum.) Wir sind die treuen Söhne unserer Kirche und folgen gern unseren Obren, aber wenn wir diese nicht frei wissen, ist dies nicht möglich. Wir wollen die Freiheit unserer Gemissen und deshalb verlangen wir Aufhebung jener Bestimmungen. (Lebhafter Beifall im Centrum.) All die übrigen Gesetze lasse ich heute beiseite und spreche die Erwartung aus, daß die Regierung mit Beschleunigung entweder die verlangte organische Revisionsvorlage macht oder Abhilfe schafft für die von mir genannten Beschwerdepunkte. Ich frage daher, liegt es in den Intentionen der Regierung, in dieser Session noch etwas in diesem Sinne zu thun? Ich hoffe, die Regierung wird einsehen, daß die Ausrede, man müsse auf eine andere Stelle, auf Rom Rücksicht nehmen, nicht mehr gilt. Die Regierung muß Rücksicht nehmen auf ihre Unterthanen und beherzigen, sie trägt des Schwert nach Gottes Willen! (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode kommt nochmals auf die Revisionsfrage zurück. Das Laienhaus behandelt diese Frage weit objektiver, als die Gelehrten. Abg. Dr. Reichensperger (Köln): Ich hätte gehofft, daß Herr v. Minnigerode über die Revision der Katholiken sprechen würde (Heiterkeit). Was haben denn eigentlich die Katholiken in Preußen verschuldet? Nach der Unfehlbarkeitserklärung rief in Preußen plötzlich Alles zum Kampfe gegen Rom auf, die Zeit zur Abrechnung sei jetzt gekommen. Und da verlangt man von uns, wir sollten dem Kampfe gegen uns mit verschränkten Armen zusehen? Was sind wir denn, was ist das Centrum? Wir sind nur eine schwache Minorität, aber wir sind stark, da wir kämpfen für Recht und Gerechtigkeit (Beifall im Centrum). Man nennt uns ultramontan und vaterlandslos — wie will man das beweisen? Hat man in anderen protestantischen Ländern je etwas Aehnliches gehört? Und doch ist die katholische Kirche in allen Ländern die gleiche (Beifall im Centrum).

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Bei der geringen Zahl derer, die für das Gehalt des Ministers eingeschrieben war, erscheint die Bewilligung fast zweifelhaft (Heiterkeit). Für uns Konervative liegt eigentlich kein Grund vor zu einer akademischen Auseinandersetzung mit dem Centrum; nur für den Fall, daß von der linken Seite ein Redner gegen den Titel auftreten würde, habe ich eigentlich mich gemeldet. So lange von der Linken nicht bestimmte Forderungen, wie eine organische Regelung der Maigesetze möglich ist, gegeben sind, können wir gar nicht diskutieren. Vielleicht beauftragen die National-liberalen irgend Jemand für sie zu sprechen, damit wir wissen, ob man mit ihnen zusammen gehen kann. (Große Heiterkeit.) Ja, ich kann doch nicht glauben, daß sie durch das Fehlen ihres Führers ganz zum Stillstehen verdammt sind. So lange auf der anderen Seite keine Aeußerung darüber erfolgt, gestatten Sie mir ebenfalls in dieser Sache zu schweigen. (Ironischer Beifall links.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski führt aus, daß nach der Erklärung des Ministers vom 18. Januar man annehmen müsse, daß die Erzbischöfe Posen-Gnesen verwaist bleiben wird. Dem Erzbischof v. Ledochowski werde vorgeworfen, daß er durch Androhung von Kirchenstrafen und Anstellung von Geistlichen sich gegen die Gesetze vergangen habe. Dasselbe gälte doch aber auch von den Bischöfen für Münster und Limburg, und doch seien diese begnadigt worden. Es müßten daher doch noch andere Gründe vorliegen, um deren Mittheilung er bitte.

Minister v. Gopler: Ich will nur auf einen Punkt eingehen, den der Abg. Dr. Windthorst angeführt hat, da ich wohl Alles, was ich bereits bei früheren Gelegenheiten ausgeführt habe, nicht zu wiederholen brauche. Im Allgemeinen hat ja Herr Windthorst seine Zweifel sich selber beantwortet und es bleibt nur die Frage, wie soll die Regierung eine weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung in die Hand nehmen? Nun die Linien dieser gesetzgeberischen Revisionsarbeit sind niedergelegt in Schriftstücke, die in Ihrer Hand sind und denen ich nichts hinzuzufügen habe; sie halten nur fest an den Grundaussagen der Regierung in den letzten Jahren. Weiter kann ich nur noch auf meine Erklärung vom 5. Mai v. J. und die in der vorigen Kommissions-Berathung auf den Antrag Windthorst formulirte Erklärung verweisen. Daß aber die Regelung der ganzen Angelegenheit nur im Interesse unserer Unterthanen geschehen darf, darüber besteht ja zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit; die vom Centrum gestellte Frage ist auch nur: mit wem, gegen wen, unter welchen Voraussetzungen muß man in eine solche Regelung eintreten? und diese muß

man sich immer vorlegen. — Weiter ist die Regierung immer bemüht gewesen, unseren katholische Theologie Studierenden auch unter den schwierigsten Verhältnissen die Gelegenheit zu fruchtbringender Thätigkeit zu geben. Mein unmittelbarer Amtsvorgänger hat in dieser Beziehung in der Breslauer theologischen Fakultät vieles Gute gewirkt und ihre Frequenz ist auch in stetem Zunehmen begriffen; mir ist es gelungen — wie Herr Dr. Windthorst gewiß weiß — auch in Bonn eine neue Professur einzuführen, und auch für Münster Abhilfe zu schaffen, hat es an gutem Willen nicht gefehlt. Was jedoch die Ausführungen über die Seminare anlangt, so ist heute noch auf Grund der Gesetzgebung keine Gelegenheit, solche Seminare ins Leben zu rufen. — Herr Jazdzewski kann ich nur antworten, daß die Motive der Regierung zur Nichtzurückberufung des Bräutens Grafen Ledochowski nicht verschwiegen wurden. Die Regierung kann aber in dieser Zurückberufung nicht die Garantie eines dauernden Friedens erblicken und wie die Haltung seiner Diözesanen zeigt, mit vollem Rechte. So handelte eine Adresse im „Kurjer Posenanski“ gelegentlich des Geburtstages des Grafen im vorigen Jahre immer nur von dem Primat des selben, und eine andere Adresse aus Posen brauchte sogar folgende Ausdrücke: „wir Polen bringen heute als unsterbliche Nation dem erhabenen Kardinal-Primas die Ausdrücke unserer Anhänglichkeit dar und erklären, daß seine Würde nicht bloß eine kirchliche, sondern eine politische ist.“ „Daß wir in dem Augenblick, da Gott ihn zurückkehren lassen wird, die Stirne vor dem Interreg neigen werden!“ (Hört, hört! rechts.) Ich glaube, in dem allgemeinen Interesse der friedlichen Entwicklung liegt es, daß die Gelegenheit zu solchen Ausschreitungen, ja zu Revolutionen, nicht gegeben werden darf. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Synern: Bei Gelegenheit des Antrages Windthorst habe ich bereits Namens der nationalliberalen Fraktion eine Erklärung abgegeben und bin damit der Mühe überhoben, nochmals darauf zurückzugreifen!

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Um nicht durch Hineinwerfen neuer Punkte die Diskussion noch mehr zu zerreißen, will nur auf die angeführten Hauptpunkte eingehen. Wenn sich zunächst der Herr Minister über eine Adresse aus Posen so bedenklich ausspricht, so kann eine solche Adresse doch kein Grund sein, einen Kirchenfürsten nicht zurückzurufen; dann könnte Posen überhaupt nie mehr unter Zulassung der Staatsregierung mit Erzbischöfen besetzt werden, da die Polen denselben stets die gleichen politischen Rechte zuschreiben würden. Wenn der Herr Minister meint, Herr Windthorst hätte die von ihm erhobenen Zweifeln sich selber beantwortet, so glaube ich, daß Herr Windthorst kaum derselben Ansicht sein dürfte. (Sehr richtig! im Centrum.) — Mit den Schriftstücken, auf die uns der Herr Minister verweist, sind wir gerade so weit als vorher. Die Frage heißt, was nach dem bereits Geschehenen weiter zu thun ist, um den Kulturkampf zu beenden und eine Revision herbeizuführen. Gegen wen die Revision sich richten soll? gegen die Maigesetze! Mit wem? mit der Majorität, die der Herr Minister jeden Augenblick haben wird, wenn er sie nur brauchen will. Wir erkennen ja gerne an, daß Erleichterungen für die Theologie Studierenden bereits eingetreten sind, aber namentlich in Münster sind noch eine Menge Uebelstände, auf die wir bei der Verathung des Etats noch zurückkommen werden. — Von dem Abg. v. Hammerstein hätte ich eine konkretere und klarere Erklärung erwartet. Auch wir wollen uns ja in keine akademische Erörterung einlassen; und, wenn der Herr Abgeordnete die Nationalliberalen um Klarlegung ihres Standpunktes bittet, damit die Konservativen wüßten, wie sie mit ihnen ständen, so heißt das nur, wenn es ernst gemeint war: „wer bietet unter?“ Auf das Geschäft lassen wir uns nicht ein. (Bravo! im Centrum.) Daß Herr Frhr. v. Minnigerode die Debatte über den Kultus-Etat mit der Frage über die Revision eröffnete, war einer der besten Scherze, die er je gemacht (Bravo! im Centrum); als er sich aber das zweite Mal gegen Herrn Windthorst wendete, so sprach sich darin doch ein Mangel an Parteilichkeit aus. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Endlich haben wir auf sehr bestimmte Fragen weder von der Regierung noch von den einzelnen Parteien eine bestimmte Antwort erhalten. Daraus entnehmen wir, daß namentlich bei den Letzteren das Gefühl Platz greife, wie berechtigt unsere Klagen sind, und die Aufforderung an die Regierung unter dem Druck dieser Meinung dem Kulturkampfe ein Ende zu machen in erster Weise und nicht mit jenen kleinen Mitteln, die, so dankbar wir dafür sind, doch den eigentlichen Schmerz nicht heben, viel weniger heilen. Ich möchte wohl wünschen, daß wir endlich einmal durch die Maßregeln der Regierung in die Lage kämen, von unseren Klagen abzusehen. So lange diese Uebelstände bestehen, können wir es nicht, denn die Forderung nach Beseitigung des Kulturkampfes liegt in Millionen Herzen von Katholiken wieder und unsere Wähler verlangen mit vollem Rechte, daß wir vor dem Lande volle Klarheit schaffen, unter welchem Drucke von Unrecht und Gewalt wir noch leben. Der Friede, den wir jetzt haben, ist nur die Ruhe des Kirchhofs, kein wirklicher Friede. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Herr v. Schorlemer hat zwar verlangt, wir sollten Stellung nehmen zu den bestimmten Forderungen des Herrn Dr. Windthorst, aber ich habe bestimmte Forderungen desselben noch nicht vernommen. Er verlangt entweder organische Revision der Maigesetze, oder wenigstens Vorlagen, welche die von ihm bezeichneten Punkte regeln: Erziehung des Klerus, Jurisdiction der Bischöfe, Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes, des Ausweisungsgesetzes im Reich. Diese beiden Hauptforderungen bedeu sich aber völlig in der Praxis und es bleibt einfach Revision der Maigesetze. Diese aber auszuführen nur mit dem Nothdurst, darauf muß man doch wohl verzichten, d. h. nur daran herumzustreichen, ohne positiver Besseres zu schaffen. Wir fragen die Herren vom Centrum und der nationalliberalen Partei, welche materielle Basis für eine Revision sie bieten können, damit wir gemeinsam etwas Zweckdienliches schaffen können. Auch an die Nationalliberalen habe ich mich gewendet, da Artikel ihres Blattes, der „Rölnischen Zeitung“ mich eine günstige Stimmung für die Revision der Maigesetze bei ihnen hoffen ließen. Wenn Sie dagegen vom Centrum jede Ihrer Abstimmungen über kirchenpolitische Fragen von der Entscheidung der Kurie abhängig machen, so können wir mit diesem Faktor nicht rechnen, während sich sonst bei ernstlichem Willen wohl eine Verständigung über die einzelnen Punkte bewirken ließe. Der Herr Minister sagt ganz richtig, man muß fragen: mit wem, gegen wen, unter welchen Voraussetzungen; Sie stellen nur Rom in den Vordergrund: mit Rom, für Rom! (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich kann aus der Menge von Erklärungen, auf die uns der Herr Minister verweist, nicht diejenige herausfinden, welche er eigentlich als genügend meint. Aber selbst, wenn er bei einer früheren Gelegenheit gesagt hat, die Regierung gebe die Hoff-

nung nicht auf, falls diese Vorlage nicht zu Stande komme, weitere zu machen, so berührt das meine Frage nicht; die dahin ging, in welcher Richtung die weitere Revision erfolgen werde und ob für diese Session noch etwas zu erwarten sei. Wenn der Herr Minister sagt, die Angelegenheit solle fallen gelassen werden, so heißt das nur das Prinzip ändern und stimmt ganz und gar nicht zu den Erklärungen in der Kommission, die eine Regelung auf dem dort vorgeschlagenen Wege anstrebt. Ich will auch den Herrn Minister keineswegs zum Aufschub treiben und nur meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß wenigstens die Aussicht nicht abgelehnt ist, es könne in dieser Session noch etwas geschehen. Der Herr Minister würde auch kaum ergriffen werden können, ehe nicht im Schooße der Regierung Beratungen stattgefunden haben. Aber es muß doch Klarheit geschaffen werden, unsere Wähler, das ganze Volk verlangt sie und es muß endlich mit diesen Dingen ein Ende gemacht werden. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) — Noch weitere Gegensätze zwischen der Kommission und den Erklärungen des Ministers finden wir in Art. 1 der „Königlichen Zeitung“, die gewiß nicht von dem H. v. G. v. C. geschrieben worden sind (Weiterkeit), wenn man sie auch von dem Moniteur des Herrn v. C. v. C. nennen könnte. (Weiterkeit.) Dieser Moniteur hat sich Mühe gegeben, diese Unvorsichtigkeit wieder gut zu machen, da diese Artikel große Bedeutung in der Geschichte des Kulturkampfes gewinnen könnten, und schweigt nun. Aber doch hat er uns verrathen, daß diese Artikel den Zweck hatten, Zentrum und Konervative hart an einander zu bringen. Dies Schweigen schien dem Herrn v. Hammerstein unheimlich zu sein. (Weiterkeit im Zentrum und links.) Ich bin darüber sehr befriedigt; denn die Herren befinden sich auf einem absolut negativen Standpunkte (Sehr richtig! im Zentrum) und wollen den Kulturkampf, ohne d. n. sie ein großes Stück ihrer Existenz einbüßen würden. (Weiterkeit im Zentrum.) Der Fortschritt ist allerdings nicht so eng damit verknüpft und bereits zum Nachdenken gekommen, und da vertraue ich der Logik, die ich allerdings bei ihm mehr voraussetze als bei den Nationalliberalen. (Weiterkeit im Zentrum.) Das Zentrum aber ist stark genug, um Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und der Regierung oder den Konservativen entstehen, zu ertragen und nicht auf andere Dinge herüberzutragen. Wenn wir auch in unsern Erwartungen von Seiten der Regierung in dieser Session schwer getäuscht wurden, (Hört! Hört! rechts) so hat uns das allerdings unangenehm berührt, aber aufregen lassen wir uns nun einmal nicht. Wir bedenken mit Ruhe und Umsicht und leben, wer mit uns geht. Thut's Reiner, so geben wir allein. (Großer Beifall im Zentrum, Weiterkeit rechts.) — Etwas weiter, als Herr v. Hammerstein meint, sind wir doch in den letzten 18 oder 19 Jahren fortgeschritten, und wenn er sagt, daß wir stets nur auf die Kurie sehen, so müssen wir doch, um unsere Rechte verteidigen zu können, im Einverständnis mit unsern kirchlichen Organen sein. Ich glaube die Herren Konserverativen würden ihrerseits zwar nachgeben, wenn sie nur immer wüßten, was Fürst Bismarck meint. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir in Rom und sie in Friedrichsrub (große Weiterkeit), das wäre das Richtige und Schnellste. Wenn man in Friedrichsrub will, würden wir Frieden und Ruhe haben, wenn man es nicht will, hat der Frieden Ruhe (Weiterkeit, Rufe: au!). In Rom will man den Frieden. (Widerpruch rechts.) Man hat niemals etwas eingewendet gegen den Zustand, der vor dem großen Kulturkampfe gewesen ist. Daß man zu Konventionen bereit ist, beweist der Brief an den Erzbischof Melchers und das Verhalten in jedweder Personalfrage. Und endlich, wenn alles genommen ist, was soll der noch kommen? (Sehr richtig! im Zentrum.) — Also Revision der Maßregeln, aber im Ganzen und positiv, nicht in Einzelheiten. Das ist nicht zu dulden, dabei reißt allen die Geduld und vor allem reißt dem Volk die Geduld. (Widerpruch rechts.) Wir sind nicht sicher vor der Gefahr, daß die verschiedensten Elemente, die losgelassen sind und die in den allerhöchsten Gestalten bei uns und überall sich geltend machen, ehe wir uns verheben unser Vaterland zusammenbrechen. Diese Gefahren können wir nur beseitigen, wenn wir bessere, kirchliche Zustände schaffen! Bedenken Sie die Zeichen der Zeit, und bedenken Sie, daß hier ein Ende gemacht werden muß im Interesse des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Mit den Nationalliberalen, das möchte ich Herrn v. Hammerstein erwidern, können die Konservativen nicht zusammengehen. Trotzdem die Herren der national-liberalen Partei ganz still sind, denken sie über die Fragen noch ganz wie früher. Sie haben nur in der Butir ein Paar gejunben (Weiterkeit) und überlassen es Anderen, darüber zu sprechen. Im Stillen aber denken sie, unsere Zeit wird schon wieder kommen. (Sehr richtig und Weiterkeit rechts und links.) Freilich, wenn diese Zeit einmal kommt, wird Herr von Gossler nicht mehr Minister sein, sondern ganz andere Herren (Weiterkeit). Wären übrigens die Herren auf der Rechten so frei von Friedrichsrub, wie wir von der Kurie sind, sie könnten sich gratulieren. (Große Weiterkeit.)

Abg. Dr. v. Szadzewski tritt den Ausführungen des Ministers bezüglich des „Kurier Bozn.“ und des „Goniec“ entgegen.

Abg. v. C. v. C.: Ich will Herrn v. Hammerstein nur erwidern, daß die national-liberale Partei von seiner Zeitung geführt wird, sie hat ihre Führung in sich. Wenn Herr v. Hammerstein die Artikel der „Königlichen Zeitung“ nicht gefallen, kann er ja in seinem Blatte dagegen auftreten. Die „Königliche Zeitung“ übrigens kann zufrieden sein, heute soviel genannt zu werden. Der „Germania“ und der „Neuen Preuß. Zeitung“ passiert das freilich nicht. Herr v. Hammerstein hat eine Antwort von uns erbeten, er wird noch lange darauf warten können. Wir erwarten eben die Initiative der Regierung, nicht die des Herrn v. Hammerstein. Von uns weiß man und wir wissen, was wir wollen. (Widerpruch.) Sie auf der Rechten aber wissen keineswegs, was Sie wollen. Eine positive Meinung haben wir von Herrn v. Hammerstein heute nicht gehört.

Abg. Kumpff (national-liberal): Wenn der Erzbischof v. Ledochowski nicht begnadigt wird, so hat das seine Berechtigung. Sein Auftreten und die Annahme jener Adresse ist ein unberechtigter Uebergriff eines Römings in die Rechte der Regierung. Ich hoffe, keine Regierung wird sich mehr solche Uebergriffe gefallen lassen. (Weiterkeit im Zentrum.)

Abg. Dr. Windthorst: Wenn Herr Kumpff den Staat gegen eine Invasion verteidigen will, so hat er heute hier eine leichte Aufgabe. Erzbischof v. Ledochowski hat die Adresse gar nicht angenommen, aber soweit ich mich entsinne, enthielt sie gar keine Staatsgefährlichkeit. Die Berufung zum Primas ist keine politische Aktion. Wir und ebenso die Polen hier im Hause wollen die Monarchie nicht angreifen, aber wir wollen auf dem Boden der Monarchie das Recht erhalten — und das ist in der That staatsverhaltend. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Febr. v. Hammerstein: Daß die Nationalliberalen die Führung in sich haben, war nicht neu, denn nach Außen haben sie keine mehr. (Weiterkeit.) Neu war mir nur die Versagung Ihrer Mitwirkung zur Beseitigung des Kulturkampfes. Ich habe diese Beseitigung immer für eine nationale Nothwendigkeit gehalten, für eine nationale Aufgabe, bei der besonders die Nationalliberalen mitwirken müßten. Daß ich mich hierin geirrt, will ich doch konstatieren. Ich habe erklärt, daß ich jene Artikel der „Königlichen Zeitung“ als genügende Basis anerkenne und von den Nationalliberalen Antwort erbeten, wie sie dazu stehen — warum antworten Sie mir denn nicht? (Weiterkeit.) Ihr Schweigen hat gewiß den Grund, daß Sie sich nicht binden und nach allen Seiten unabhängig bleiben wollen.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Daß Herr v. Ledochowski die Adresse nicht angenommen hat, ist bereits gesagt. Herrn Kumpff möchte ich noch erwidern, daß nach Polen überhaupt kein Bischof kommen kann, wenn nicht ein römischer.

Abg. C. v. C.: Wir in der national-liberalen Partei wollen, daß jetzt, wo es dem Zentrum so schwer fällt, seine Klagen zu formulieren, wir ihm diese Aufgabe nicht erleichtern und es nicht aus der

Aggressiv in die Defensiv bringen. Ueberdies — wir haben die Kirchenpolitik nicht inaugurirt. Sie auf der Rechten richten nun an uns die Frage, unter welchen Bedingungen wir mit Ihnen arbeiten wollen, und dieselbe Frage richten Sie an das Zentrum. Ich glaube Anfangs, Ihr uns angetragenes Bündniß sollte nur ein Geheiß für das Zentrum sein. Die Konservativen müssen aber erst erkennen, daß der Weg, den sie in einseitiger Verhandlung mit dem Zentrum betreten haben, ein falscher ist. Ich kann die Anfrage gar nicht als Ernst betrachten. Ein Einzelner verlangt von uns, daß wir von fraktionswegen eine Antwort über unsere Stellung geben. Wollte man ernstlich eine Antwort, so hätte man die Frage anders stellen müssen. — Wir sind momentan nicht im Stande, die Kirchenpolitik, die wir für richtig halten, durchzuführen. Aber — ich acceptire das Wort — auch unsere Zeit wird wiederkommen. Wir sind bereit zu Allem, was im Interesse des Friedens geschehen kann. Aber daß wir dabei unsere Prinzipien aufgeben sollen, können Sie nicht verlangen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Windthorst: Noch niemals habe ich auf eine bestimmte Frage eine so gelehrte Antwort gehört, wie soeben. (Große Weiterkeit.) Die Herren meinten, die Grundzüge der national-liberalen Partei seien bekannt. Ja früher, als die Führer noch da waren. Ich habe das Gefühl, als ob die Hinterbliebenen einer größeren Zeit sich lediglich in der Negative befinden. Es war einst ein Haupt da, die Glieder revoltirten, da ging das Haupt, die Glieder blieben. (Weiterkeit, Rufe: Das Zentrum hat ein Haupt!) Nein, das hat es nicht. Aber schlagen Sie einen Kopf ab, es stehen drei dafür auf. Herr v. C. v. C. hat aber Recht, Ersprießliches kann nur zu Stande kommen, wenn die Regierung die Initiative ergreift. Vielleicht zieht die Regierung zu ihren Vorarbeiten die Herren v. Hammerstein, C. v. C., v. C. v. C. (Weiterkeit), daß sie an uns sich wendet, erwarte ich nicht. Von uns heißt es ja: Hic niger est, hunc tu, Germane, caveto! (Große Weiterkeit.) Die Mittel zur Revision zu finden, ist nicht schwer. Wir werden es nicht fehlen lassen, mitzuarbeiten. Wir brauchen dazu keine Informationen von Rom und sind doch noch nie von dort dementirt worden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Pfaff (national-liberal): Nicht die Nationalliberalen, das Zentrum lebt vom Kulturkampf! (Beifall links, Widerspruch im Zentrum.) Die Beendigung des Kampfes ist schwer, denn es handelt sich um keine Rechtsfrage, sondern um einen Kampf um die Macht. (Lebhafter Beifall links.) Die Frage ist, wer soll in Preußen herrschen? Soll der Staat regieren oder die Kirche? In Preußen kann jede Kirche glauben, lehren und anbeten was sie will. (Sehr richtig! links, Widerspruch im Zentrum.) Tausende von Katholiken würden von dem Drucke, unter dem sie nach der Behauptung des Zentrums leben, gar Nichts wissen, wenn es ihnen nicht täglich auf's Neue erzählt würde. (Widerpruch im Zentrum.) Es giebt einen Weg zur Beilegung des Kampfes, den Weg zeigt uns die Heilige Schrift mit dem Worte: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott was Gottes ist! (Beifall links, große Unruhe im Zentrum.) Wer aber soll entscheiden, was des Staates ist? Allein der Staat! (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Wenn es Ihnen mit dem Wunsche nach Frieden Ernst ist, so beweisen Sie es, machen Sie Ihren Einfluß auf Ihre Priester geltend, daß sie jenen Spruch der Heiligen Schrift befolgen. (Beifall bei den Nationalliberalen, große Unruhe im Zentrum, Glocke des Präsidenten.)

Abg. v. Rauchaup: Die Nationalliberalen haben auch heute wieder zwei Herzen gezeigt. Der eine Redner wünschte die Aufhebung, der andere die Fortsetzung des Kulturkampfes! — Den Rednern des Zentrums erwidere ich: die Regierung oder wie sie läßt sich auszuweisen Friedrichsrub hat die Hand zum Frieden gereicht. Nun ist es an der Zeit, diese Frage im Hause zu ventiliren. Der gegenwärtige Zustand, politisch von der Hand in den Mund zu leben, ist unhaltbar. Wir haben den Muth befehen, mit dem Zentrum zusammenzugehen (Weiterkeit links). Ja, es gehört ein politischer Muth dazu, Sie auf der Linken haben ihn nicht. Wir gestehen ja aufrichtig, wir sind stets in der Wehrheit, ob wir nun mit dem Zentrum oder mit den Nationalliberalen gehen. Die Nationalliberalen freilich stehen im Schmolwinkel, sie sind verstimmt, hier schweigen sie, im Reichstage weigern sie die Heeresfolge — das ist kein Glück für den Staat. Man kann darüber streiten, ob ein Bündniß von uns mit dem Zentrum nützlich ist. Aber wenn es das ist, werden wir auch wieder den Muth dazu haben. (Beifall rechts.)

Abg. Febr. v. Schorlemer-Alst: Der Nachfolger des Herrn v. Bennigsen, der Abg. Pfaff, der so heftig gegen die Priester donnert, hat gesagt, wir lebten vom Kulturkampf. Gut, leben Sie doch den Kulturkampf auf, dann zerfallen wir, und Ihnen und uns ist geholfen. Den Kulturkampf aber unsere Nahrung nennen und ihn uns doch nicht entziehen wollen, das ist doch wenig logisch. (Weiterkeit.) Abg. Pfaff fragt, wer soll in Preußen herrschen? Ich antworte: Se. Majestät der König! (Beifall im Zentrum.) Aber nicht die nationalen Kulturkämpfer. (Weiterkeit.) Stecken Sie einmal in unserer Haut, dann werden Sie sehen, wie der Kulturkampf drückt. Abg. Pfaff verlangt, der Staat soll allein entscheiden, d. h. der national-liberale. (Weiterkeit.) Käme aber einmal ein echt konservativer Staat, dann würden Sie nicht so sprechen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. C. v. C.: Ich wiederhole, der Schmerz über den Kulturkampf wird täglich neu betont, um ihn zum Bewußtsein zu bringen, und Abg. Windthorst sieht niemals so frühlich aus, als wenn er Kulturkampf pfeulen kann. (Weiterkeit.) Sie, Herr von Rauchaup, waren Kulturkämpfer, so lange es Fürst v. Bismarck war; nun er es nicht ist, sind Sie auch nicht. (Weiterkeit.) Wir dagegen haben niemals unsere Grundzüge verändert! (Weiterkeit und lauter Widerspruch.) Herr v. Rauchaup hat uns zwei Seelen vorgeworfen — nun ich finde bei ihm gar keine Seele. (Große Weiterkeit.) Wenn Herr v. Hammerstein auch seine Frage wiederholt, ich antworte ihm nicht, weil die Konservativen gar nicht das Recht haben, uns zu fragen, so lange sie selbst keinen festen Standpunkt haben. Wollen wir wissen, was die Konservativen wollen, so fragen wir nur den Minister. Wissen wir, was er will, dann wissen wir auch, was die Konservativen wollen. (Große Weiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 1 sowie Titel 2—14 ohne Diskussion angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Kultusetat.  
Schluß 4 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 29. Jan. Der heutige Beginn der Debatte über den Kultusetat hat meine Ansicht bestätigt, daß das Zentrum es trotz seines Mißvergnügens über die augenblickliche kirchenpolitische Situation nicht gerade auf einen großen Kampf anlegt. Herr Windthorst ließ es zwar nicht an einer Anzahl heftiger Redewendungen, welche auf die kirchlichen Wähler berechnet sind, fehlen; aber immer zwischen zwei solcher aggressiven Sätze schob er als Polster zur Abschwächung des Stoßes einen verständlichen und hoffnungsvollen: man sah deutlich, daß er, wenn irgend möglich, einen neuen heftigen Kampf vermeiden möchte. Dasselbe Bestreben hatte, vermöge der kirchenpolitischen Beruhigungspolitik der Regierung, natürlich Herr v. C. v. C. erst recht; und so machte das Ganze einigermaßen den Eindruck des Duells in der Tierfabel, dessen Teilnehmer beide keine Helden sind. Eine wahrhaft traurige Rolle spielten die Konservativen, die gern möchten, aber wegen der Haltung der Regierung nicht können; mehr leere Selbstgefälligkeit sah man selten sich produ-

ziren, als während Herr von Hammerstein heute rebete. — Die Anwesenheit des Fürstbischöflichen von Mantuffel in Berlin und sein Besuch in Friedrichsrub haben vielfache Gerüchte über Veränderungen hervorgerufen, welche in den staatsrechtlichen Verhältnissen Elsaß-Lothringens bevorstehen sollten; dieselben finden indess bei kritischeren Leuten wenig Glauben, und auch das, was man von der Beurtheilung der dortigen Lage innerhalb der Regierung des Reichslandes hört, spricht nicht für die Wahrscheinlichkeit irgendwie eingreifender Veränderungen. Die jetzige Verfassung Elsaß-Lothringens gewährt dem Lande die Selbstregierung unter dem Vorbehalt nur desjenigen Eingreifens der Reichsgewalt, welches möglich bleiben muß, so lange die dortige Bevölkerung und namentlich die höheren Klassen derselben sich noch nicht als unbedingt zu Deutschland gehörig betrachten. Wie daher zu keiner Erweiterung der konstitutionellen Rechte des Landesauschusses, so liegt nach der hier überwiegenden Meinung aber auch zu keiner Einschränkung etwa darum Grund vor, weil im Landesauschusse ein paar unzufriedene Reden gehalten worden. Unsere Parteien sind in wenigen Dingen so übereinstimmender Meinung, wie darüber, daß es in Elsaß-Lothringen nur auf Eins ankommt: wohlwollende Festigkeit und Stätigkeit der Verwaltung. — Ohne viel Geräusch, aber unzweifelhaft sehr wirksam vollzieht sich hier die neue Organisation der sozialdemokratischen Partei, theils auf Grund des Krankenkassengesetzes in „freien Rassen“, theils im Anschluß an die freigegebenen kommunale Bethätigung der Partei in sogenannten Arbeiter-Bezirksvereinen. Bis jetzt wird alle Mäßigung beobachtet, die man nur verlangen kann — die freilich auch durch das Sozialistengesetz geboten ist.

Das Befinden des Kaisers läßt heute nach einer gut verbrachten Nacht nichts zu wünschen übrig. Im Laufe der Vormittags nahm der Kaiser nach den üblichen Vorträgen persönliche Meldungen entgegen. Nachmittags um 2 1/2 Uhr empfing der Kaiser den Fürsten Crov, welcher Ende der vorigen Woche aus Dülmen hier eingetroffen war.

Die Nummer 4 der Gesetz-Sammlung, welche von heute ab zur Ausgabe gelangt, enthält unter Nr. 8971 den Allerhöchsten Erlass vom 24. Januar 1884, betreffend Einsetzung der Behörden für die auf Grund des Gesetzes vom 24. Januar d. J. in Verwaltung und Betrieb des Staats übergehenden Privat-Eisenbahn-Unternehmungen und anderweite Abgrenzung der Eisenbahn-Direktionsbezirke Magdeburg und Erfurt.

Karlsruhe, 29. Jan. Die Abgeordnetenkammer bewilligte heute 66 000 M. für besondere Vorarbeiten zur Erhaltung des Heidelberger Schlosses. Der Finanzminister bezeichnete es als eine der badischen Regierung obliegende Aufgabe, die Vorarbeiten zu veranlassen und so die Entscheidung über das künftige Schicksal des wichtigen Baudenkmals herbeizuführen; ob die Inanspruchnahme der gesammten deutschen Nation dazu nöthwendig werde, könne er jetzt noch nicht mittheilen.

München, 28. Jan. Der Kaiser von Oesterreich ist heute Abend wieder abgereist. Die Prinzessin Gisela, der Herzog Ludwig, der Polizeidirektor und der österreichische Gesandte waren zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe.

Wien, 29. Jan. Das Unterhaus lehnte heute bei der fortgesetzten Verathung des Wurmbbrand'schen Sprachenantrages sowohl die Ausschüßsanträge, als auch die eingebrachten vermittelnden Tagesordnungsanträge ab. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Christiania, 29. Jan. Das Feuer in Laurwil wurde gestern Nachmittag gelöscht. Im Ganzen sind 62 Häuser niedergebrannt.

Petersburg, 29. Jan. Nach einer Meldung aus Charlow hat die Regierungsabtheilung für städtische Angelegenheiten eine Besetzung der dortigen Stadtorbneterversammlung, wonach die Anzahl der in die neu errichtete Handwerkschule aufzunehmenden israelitischen Schüler auf 2 Prozent beschränkt sein soll, laßt.

## Telegraphische Nachrichten.

München, 29. Jan. [Abgeordnetenkammer.] Bei der Verathung des Kultusetats erklärte der Minister Freiherr von Luz, er hätte Konzeßionen zugestanden, soweit er sich dazu berechtigt glaubte. Augenblicklich habe er nicht die Absicht, weitere Konzeßionen zu machen. Bezüglich des Altkatholizismus könne die Regierung dem Bischof Reinkens die Bornahme von Amtshandlungen weder erlauben noch verbieten. Was den Fall mit dem Schulrathe Rohmeier in München angehe, so müsse für die Stadtbürgerschaft dasselbe Prinzip gelten, wie für die Regierung, welche mit den widerwilligsten Organen ihr System zur Geltung bringe. Wenn die Regierung auch Konzeßionen gemacht hätte, so wolle er (der Minister) doch nicht Mitglied oder Agent der Ultramontanen werden, was ihm in diesem Falle zugemutet worden wäre.

Billingen, 29. Jan. Bei der Erziehung zum Landtag wurde Bürgermeister Olander (national-liberal) gewählt. Bisher war der Bezirk durch einen Abgeordneten der demokratischen Partei vertreten.

Bern, 29. Jan. Bei den gestern im Kanton Argau stattgehabten Wahlen zum Verfassungsrath wurden zum größten Theil die Kandidaten der konservativen Partei gewählt.

Paris, 29. Jan. Die Deputirtenkammer genehmigte das außerordentliche Budget mit den vom Senate beschlossenen Modifikationen, mit Ausnahme des vom Senate wieder hergestellten Kredits von drei Millionen zur Fortsetzung der Eisenbahn-Arbeiten am oberen Senegal. Dieser Kredit soll in einer besonderen Gesetz-Vorlage beantragt werden. Die Weiterverathung über die wirtschaftliche Krise wurde auf Donnerstag verschoben. — Der Senat nahm das außerordentliche Budget in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Fassung einstimmig an. — Man glaubt, daß die Emission der neuen Anleihe vor dem 10. Febr. erfolgen werde. — Durch Ministerialeinschließung von gestern ist der Zinsfuß für Schatzbons, deren Fälligkeitstermin ein Jahr nicht übersteigt, auf 2 pSt. festgesetzt worden.

Madrid, 29. Jan. Das Ministerium hat beschlossen,



Produkten-Börse

Berlin, 29. Jan. Wind: SW. Wetter: Leicht bewölkt. Der heutige Verkehr nahm die matte Tendenz seines gestrigen Vorgängers wieder auf, weil die auswärtigen Nachrichten die erwartete Festigkeit nicht gebracht hatten, teilweise sogar ausgesprochen flau lauteten.

(Antlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-204 Mark nach Dual., gelbe Lieferungsqualität 173 Mark, bunter märkischer - ab Bahn bez., ufermärlischer - ab Bahn bez., per diesen Monat 176-175,5 bez., per April-Mai 177,5-176,5 bez., per Mai-Juni 179,5 bis 185,5 bez., per Juni-Juli 181-180 bez., per Juli-August - bez., per Sept.-Okt. 185,5-185 Mark bez. - Durchschnittspreis - Mark - Gefündigt - Zentner.

per Febr.-März und per März-April 21,5 Mark Br., per April-Mai 21,75 Mark Br. Trodene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko und per diesen Monat 21,25 Mark, per Jan.-Febr. und per Febr.-März 21,5 Mark Br., per März-April 21,5 Mark Br., per April-Mai 21,75 Mark Br. Durchschnittspreis - Mark.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 29. Januar. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten zwar verhältnismäßig günstig, doch hielt sich hier die Spekulation sehr reserviert und Geschäft und Umsätze bewegten sich in mäßigen Grenzen.

Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere, konnten ihren Werthstand durchschnittlich gut behaupten. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige hatten bei ziemlich fester Gesamthaltung ruhiges Geschäft für sich.

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung ruhig; inländische Eisenbahnprioritäten fest und theilweise gefragt. Bankaktien waren ziemlich fest und ruhig; Diskontokommandit-Antheile unverändert, Deutsche Bank etwas besser, Darmstädter Bank schwächer.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Wechsel-Kurse', 'Ausländische Fonds', 'Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien', 'Berlin-Dresd. v. St.', 'Deutsche Reichsbank', 'Preussische Staats-Anleihe', 'Rheinische Eisenbahn', 'Hypothekens-Certifikate', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.